JUN 1918

Schuhmacher-Fachblatt

Organ des Zentralverbandes der Schuhmacher Deutschlands
und Publikationsorgan der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Schuhmacher und verwandten Berufsgenossen

Nr. 25 | Erscheint jeden Sonntag. Abonnementspreis: Mk. 1,— für das Vierteljahr. Zu beziehen durch alle Postanstalten. | Gotha, 23. Juni 1918 (Telephon: Nr. 174) | Inserate kosten 50 Pfg. die einspaltige Petitzeile. Bei Wiederholungen Rabatt. — Stellenvermittlungs-Anzeigen für Mitglieder 10 Pfg. | 32. Jahrg.

Inhaltsverzeichnis.

An die Ortsverwaltungen und Vertrauensleute. — Der Arbeitsmarkt in der Schuhindustrie. — Was sein muß. — Aus dem Ledergewerbe. — Was vorgeht. — Schuh und Schuhmacher im Sprichwort. — Spiegel der Gewerkschaftspresse. — Ueberwachungsausschuß der Schuhindustrie. — Verbandsnachrichten. — Ehrentafel. — Notiz. — Berichtigung.

An die Ortsverwaltungen und Vertrauensleute!

Wir machen unsere Ortsverwaltungen und Vertrauensleute nochmals darauf aufmerksam, die gelbe statistische Karte am Stichtage (29. Juni) auszufüllen und sofort an den Vorstand einzusenden, sodaß sie spätestens am 1. Juli in unsern Händen ist, da wir das Material unbedingt haben müssen.

Ferner ist auch der Fragebogen über den Reichstarifvertrag für Zivilschuhwerk umgehend, spätestens aber bis zum 25. Juni an uns einzusenden, da wir auch dieses Material brauchen und bis zum Verbandstage noch zusammenstellen müssen.

Auf den Fragebogen ist der Name des Ortes und der Firma draufzuschreiben.

Der Vorstand.

Der Arbeitsmarkt in der Schuhindustrie.

Nach dem „Reichs-Arbeitsblatt" verzeichneten im Monat April die berichterstattenden Arbeitsnachweise für die Schuhindustrie 647 (März 638) Arbeitsuchende, 2025 (2048) offene und 467 (428) besetzte Stellen. Im Vergleiche mit dem Monat März ergeben sich einige Arbeitsuchende und besetzte Stellen mehr, einige offene Stellen weniger, wobei aber alle Zahlen klein sind. Die große Mehrzahl der offenen Stellen ist wieder unbesetzt geblieben. Auf 100 offene Stellen kamen 31,9 Arbeitsuchende gegen 31,1 im März.

In den größeren Einzelstaaten gestaltete sich der Arbeitsmarkt in der Schuhindustrie so:

	Arbeitsuchende	Offene Stellen	Besetzte Stellen
Preußen	306 (334)	994 (1050)	240 (247)
Bayern	155 (150)	418 (378)	89 (76)
Sachsen	19 (18)	60 (56)	9 (12)
Württemberg	26 (29)	139 (146)	19 (17)
Baden	35 (27)	125 (103)	28 (19)
Hessen	36 (30)	65 (116)	21 (16)
Hamburg	20 (8)	30 (30)	21 (8)
Elsaß-Lothringen	23 (17)	107 (92)	17 (11)

In allen acht Staaten ist das seit längerer Zeit bestehende Verhältnis des Doppelten und Mehrfachen der offenen Stellen gegenüber den Arbeitsuchenden auch im Berichtsmonat das gleiche geblieben; einzig in Hamburg waren 50 Prozent mehr offene Stellen als Arbeitsuchende vorhanden.

In den Berichten der Industrie und über die Lage der Schuhindustrie besagt: „Die meisten Berichte aus der Schuhindustrie besagen, daß gegenüber dem Vormonat der Beschäftigungsgrad unverändert geblieben und nicht wesentlich besser als im Vorjahr war. Mangel an Arbeitern machte sich auch weiter geltend. Durch den 1. Mai d. Js. in Kraft getretenen neuen Lohntarif sind ganz wesentliche Lohnerhöhungen (etwa 20 Prozent) vorgesehen. Von 19 869 Mitgliedern unseres Verbandes waren 126 (24 männliche und 102 weibliche) oder 0,6 Prozent arbeitslos, von 1 229 503 Mitgliedern aller berichtenden Gewerkschaften 9746 oder 0,8 Prozent."

Vom Ausland berichtet die „Labour Gazette" (Arbeits-Zeitung) über den Arbeitsmarkt der englischen Schuh- und Lederindustrie: „Die Beschäftigung der englischen Lederindustrie war im allgemeinen eine rege. In der Schuh- und Stiefelindustrie war die Lage, obwohl in gewissen Bezirken bezüglich der Beschäftigung der Frauen Flauheit herrschte, im allgemeinen gut."

Nach dem gleichen englischen amtlichen Blatte hatten die Schuhfabriken in Kanada im Monat Februar im allgemeinen ausreichende Arbeit; aus einzelnen Gegenden wird über ruhigen Geschäftsgang berichtet.

Was sein muß!

Man müßte nicht sehen wollen, wenn sich nicht die Ueberzeugung aufdrängen soll, daß die Arbeiterschaft schweren wirtschaftlichen Kämpfen entgegengeht. Sie wird hineingedrängt. Allerdings, sie könnte auf Kämpfe verzichten, wenn sie sich dem Kapital einfach auf Gnade und Ungnade unterwerfen, auf ein tiefes soziales Niveau herunterstoßen lassen will. Gedenkt sie jedoch ihre wirtschaftliche Lage zu verteidigen, nicht allein die ungeheuren Kosten des Krieges auf ihre Schultern abwälzen zu lassen, dann bleibt keine Wahl: sie muß zunächst kampffähig, kampfbereit und, wenn das Verhalten des Krieges dazu zwingt, auch kampfgewillt sein.

Auf der anderen Seite macht man sich nicht nur fertig zum Angriff, man hat den Angriff bereits begonnen. In verschiedenerlei Weise! Es sind Aktionen schon eingeleitet, Maßnahmen in Vorbereitung, die unmittelbar die Lage der Arbeiterschaft verschlechtern. Die auf eine Verbesserung der Lage der Arbeiter gerichteten Aktionen bezwecken eine unmittelbare Beeinflussung der Arbeitsverhältnisse: Verkürzung der Arbeitszeit, Erhöhung der Löhne. Die Arbeiter versuchen, ihre Wünsche auf dem Wege des Verhandelns durchzusetzen, erweist er sich als unfruchtbar, auf dem des offenen wirtschaftlichen Kampfes. Auf die gleiche unmittelbare Weise kann das Unternehmertum versuchen, die Gewinnaussichten des Kapitals zu verbessern, indem es die Löhne kürzt oder die Arbeitszeit verlängert. Aber das ist nicht die einzige Möglichkeit für das Kapital, auf Kosten der Arbeiterschaft Vorteile zu erlangen, Opfer auf die Schultern der Arbeiter abzuwälzen. Mittelbar kann das geschehen durch die Gestaltung der Warenpreise und auf dem Gebiete der Steuerpolitik. Und in dieser Beziehung hat bereits ein scharfer Kampf gegen die Interessen der Arbeiter eingesetzt.

Jede Verteuerung der Lebensmittel und Gebrauchsgegenstände vermindert mittelbar den Lohn der Arbeiter. Ihre Kaufkraft wird geschwächt. Das gleiche gilt von der Verteuerung des Verkehrs und der Erhöhung der Steuern. In den meisten Gemeinden ist eine solche Belastung bereits wirksam geworden, indem man die Zuschläge zu den Staatssteuern hinaufgeschraubt hat. Eine Verteuerung des Verkehrs ist erst kürzlich wieder in Kraft getreten; dabei ist für die Benutzer der 4. Wagenklasse der Tarif verhältnismäßig stärker gesteigert worden als für die übrigen Wagenklassen.

Am schwerwiegendsten ist die Belastung für die Verbraucher unzweifelhaft durch „das Hinaufschnellen aller Warenpreise. Es hat den Lohn und die Kosten der Lebenshaltung sehr zum Nachteil des ersteren verändert. Mag für eine Reihe von Arbeitern der nominelle Lohn auch ziemlich erheblich gestiegen sein, ungleich stärker ist die Verteuerung der gesamten Lebenshaltung. Wer früher vielleicht 50 Prozent seines Einkommens für die Ernährung ausgab, muß jetzt 80 und mehr Prozent aufwenden und bleibt doch mit der Befriedigung aller Bedürfnisse gegen den Stand von damals zurück. Man tröstet sich vielleicht mit dem Gedanken, daß nach Beendigung des Krieges die Warenpreise wieder beträchtlich sinken würden. Das wäre ein sehr trügerischer Trost. Wenn auch von einer Reihe ungewöhnlich hinaufgetriebener Preise später die äußersten Spitzen abgebrochen werden mögen, im großen und ganzen haben wir mit einem dauernden Preisbochstand zu rechnen. Auf viele Jahre hinaus werden die überall knapp gewordenen Rohstoffe hoch im Preise bleiben, das um so mehr, als auch die Transportkosten, die der Krieg ganz gewaltig verteuert hat, nicht wesentlich billiger werden dürften. Ein Hochhalten der Preise für Lebensmittel ist schon allein durch die stark gesteigerte Bedarfsrente gesichert.

Und die angedeuteten Voraussetzungen für einen gegen früher erheblich höheren Preisstand werden noch verschärft durch Bestrebungen der Erzeuger. Es wäre unnütz, sich nicht einzugestehen, daß die Agitation für Erweiterung und ein weiteres Höherziehen der Schutzzollmauern nun eine breitere Grundlage gefunden hat. Vor allem ist es die Auffassung von der Notwendigkeit, Deutschland, in gewissen Grenzen in Verbindung mit den Mittelstaaten, zu einem sich möglichst selbst versorgenden Wirtschaftsgebiet auszugestalten, ganz besonders in bezug auf die Versorgung mit Lebensmitteln. In Verbindung damit stehen auch verschiedene Eroberungspläne. Deren Durchführung soll Deutschland, sowohl in der Versorgung mit Nahrungsstoffen als auch in der des Selbstgewinnens von Rohstoffen, mehr als bisher vom Ausland unabhängig machen. Ein vom Weltmarkt unabhängiges Land kann es allerdings nicht geben: wir gebrauchen das Ausland sowohl als Lieferant von Nahrungsstoffen wie auch als Hergeber von mannigfachen Rohstoffen. Reis, Kaffee, Tee, Kakao, Pfeffer und andre Gewürze, ferner Baumwolle und mancherlei andere Materialien können wir nicht in Deutschland erzeugen. Sollen wir etwa dauernd von dem Genuß jener Lebensmittel entwöhnt bleiben, und sollen wir dauernd nur noch in Papier gekleidet werden? Wir brauchen das Ausland nicht nur als Lieferanten, wir brauchen es auch als Abnehmer einer großen Reihe von gewerblichen Erzeugnissen. Für manche Industrien würde es eine Katastrophe bedeuten, wenn wir unsere Grenzen der Einfuhr sperren wollten. Unzweifelhaft bliebe uns dann auch der Weltmarkt für unsere überschüssigen Industrieerzeugnisse gesperrt. Als utopistisch muß es bezeichnet werden, etwa zu denken, Deutschland könne durch einen Machtfrieden das Ausland zwingen, uns dauernd Rohstoffe, und die sonst noch von uns verlangten Waren zu liefern, während wir ihm für andere Erzeugnisse und Rohprodukte die Grenzen durch hohe Zölle versperren, und weiter so nähm verlangen, es solle unsere überschüssigen Erzeugnisse ungehindert bei sich einführen lassen.

Man braucht nur alle diese Fragen aufzuwerfen, um zu erkennen, daß die Bestrebungen, durch ein Schutzzollsystem die deutschen Grenzen vom Weltmarkt in weitem Umfange abzusperren, die größten Gefahren für die Arbeiterschaft heraufbeschwören müßten. Die während der Kriegszeit erzielten hohen Preise, vornehmlich eine Folge der Abschnürung Deutschlands vom Weltmarkt, hat in den Kreisen der gewerblichen und landwirtschaftlichen Erzeuger großes Gefallen an solchen Zuständen hervorgerufen und empfänglich gemacht für den Gedanken, die für sie vorteilhafte Absperrung später durch hohe Zollmauern zu bewirken. Darin beruht eine große Gefahr für die Verbraucher.

Hierzu kommt die allgemeine Verteuerung der Lebenshaltung auch durch den weiteren Ausbau der Verbrauchsabgaben: Steuern auf Kohlen, elektrischer Energie, Tabak, Zucker, Alkohol, vielleicht auch noch auf Getreide — durch Einführung eines Getreidemonopols — und möglicherweise auf noch weitere Verbrauchsartikel. Das alles summiert sich mit den Verkehrssteuern zu einer beträchtlichen Last für den Haushalt des Arbeiters.

Daß die großen Vermögen und die gewaltigen Kriegsgewinne in starkem Maße zu den Bedürfnissen des Reiches und der Bundesstaaten herangezogen werden, darauf darf man sich keine sehr großen Hoffnungen machen. Die politisch und wirtschaftlich starken Interessentengruppen treten energisch für eine Schonung des Kapitals ein, angeblich, weil ein ungeschwächtes Kapital unbedingt erforderlich sei, um unsere Friedenswirtschaft wieder aufzubauen. Welche Ansichten in dieser Beziehung vorherrschen, bekundete der als Mann mit sozialen Bestrebungen angepriesene Graf von Posadowsky, der im Reichstage sich in dieser Frage fast unbedingt auf die Seite der ausgesprochenen Kapitalsvertreter stellte. Und erst vor einigen Wochen erklärte der preußische Finanzminister im Abgeordnetenhause, er halte eine Kriegsgewinnsteuer in Höhe von 25 Prozent schon für bedenklich. Dann gibt es eben anders keinen Ausweg, als die breite Masse in schwerster Weise mit indirekten, die Kaufkraft des Lohnes schwächenden Steuern zu belasten.

Will die Arbeiterschaft von diesen Lasten nicht erdrückt werden, dann muß sie sich die Möglichkeit sichern, durch entsprechende Steigerung der Löhne einen Ausgleich dafür zu haben. Diese Möglichkeit kann sie jedoch nur in einer starken wirtschaftlichen Kampffähigkeit finden. Ohne Kampffähigkeit wird sie unter den Willen des Kapitals gezwungen, das nicht an Lohnerhöhungen denkt, sondern im Gegenteil an ein tüchtiges Herunterdrücken der Löhne. Bei jeder Gelegenheit hört man die Klagelieder von den unerschwinglichen hohen Löhnen und die Forderung, die Lohnkosten zu ermäßigen. Solche Bestrebungen sind in Wirksamkeit, jetzt, wo die Unternehmer riesenhafte Ueberschüsse erzielen! Um so mehr wird man nach dieser Richtung arbeiten, wenn erst die ungewöhnlich hohen Kriegspreise nicht mehr gezahlt werden.

Einige Beispiele dafür, wie man in besitzenden Schichten in der Lohnfrage denkt, welche Absichten obwalten, mögen dartun, wie sehr die Arbeiter Anlaß haben, sich auf die zukünftigen Verhältnisse vorzubereiten. In einer Versammlung von Landwirten in Breslau erklärte ein konservativer Politiker, in den Theatern und in den feinen Restaurants machten sich die Arbeiter mit ihren nobel gekleideten Damen so breit, daß die andre — bessere — Leute dort kein Platz mehr sei. Im Geschäftsbericht des Essener Bergwerksvereins „König Wilhelm" wird behauptet, die Preise ständen mit den erhöhten Selbstkosten nicht mehr in Einklang. Dabei war der herausgebrachte Reingewinn des letzten Jahres so groß, daß man 60 Prozent Dividende hatte verteilen können. Dergleichen Beispiele könnte man zu Dutzenden anführen. Zum Schluß noch eine Notiz aus einem alldeutschen Blatte; sie lautet:

Die Verwilderung der Jugend. Unter dem Einfluß des Krieges hat die Kriminalität der Jugendlichen eine bedenkliche Steigerung erfahren. In Richterkreisen führt man diese Tatsache weniger auf die Not der Zeit, als vielmehr auf den steigenden Leichtsinn unter den Jugendlichen zurück, der durch die Möglichkeit der Erzielung unverhältnismäßig hoher Einnahmen eine wesentliche Förderung erfährt. Nach Feststellungen der preußischen Justizverwaltung belief sich im Jahre 1914 die Zahl der anhängigen Strafverfahren gegen Jugendliche auf 51 500; dagegen im Jahre 1917 auf 177 000. Die durchschnittliche Tagesbelegung der Gefängnisse der Justizverwaltung mit männlichen Jugendlichen stellte sich im Jahre 1913 auf 376, im Jahre 1917 auf 835.

Wir wollen nur eine Frage stellen, sie genügt als Kommentar: Ist die erschreckende Zunahme der straffälligen Vergehen bei schulpflichtigen Kindern, die doch noch keine hohen Löhne verdienen, auch eine Folge des steigenden Leichtsinns aus Uebermut? Die Richterkreise, die das obige Urteil fällen, wissen gar nicht, was in den sozialen Tiefen des Volkes vorgeht; sie sollten sich wenigstens bei ernsten Lehrern und Geistlichen Belehrung holen. Wir vermuten allerdings, daß solche Urteile, wie das obige, von kapitalistischen Interessenvertretern gemacht werden. Zu welchem Zweck, das ist durchsichtig genug! Wir verkennen durchaus nicht die Gefahren, die darin liegen, daß ein kleiner Teil Jugendlicher und auch Erwachsener mit den ausnahmsweise hohen Verdiensten, die sie unter besonderen Umständen erlangen, nicht den richtigen Gebrauch zu machen versteht, aber hier wird verallgemeinert, und es wird übersehen, daß die Unwissenden nicht Produkte unserer Erziehung, sondern der kapitalistischen Wirtschaftsordnung sind.

Die Masse des Volkes lebt in schweren wirtschaftlichen und sozialen Nöten! Was soll aber erst werden, wenn bei verkürzten Lohnen die ungeheuren Kosten des Krieges vornehmlich auf die Arbeiter abgewälzt werden?

Furchtbar würden die Arbeiter zu leiden haben, furchtbar würde die Gesamtheit von den Lasten bedrückt werden, wenn sie nicht stark genug sein sollte, mit dem Kapital um die Erlangung ausreichender Löhne zu ringen.

Wollen die Arbeiter ringen und kämpfen können, dann wird es höchste Zeit, ihre Organisation auszubauen. Es ist keine Stunde zu versäumen.

Aus dem Ledergewerbe.

Lederersatz. In der dänischen Presse wird eine neue Erfindung von künstlichem Sohlenleder eingehend behandelt. Der „Neue Politische Tagesdienst" meldet, daß eine Aktiengesellschaft gegründet sei, die Anfang Juli d. Js. ihre ersten Fabrikate auf den Weg bringen werde. Der patentamtlich geschützte Ersatzstoff wird Vulkanleder genannt. Da die deutschen amtlichen Stellen alle Vorgänge auf wirtschaftlichem Gebiet auch im Ausland sorgfältig beobachten, ist selbstverständlich auch das dänische Vulkanleder bereits von zuständiger Stelle in bezug auf seine Bedeutung als Ersatz für Bodenleder untersucht worden. Es handelt sich um einen Stoff, der seit langen Jahren unter dem Namen Vulkanfibre bekannt ist. Es ist wohl möglich, daß das dänische Verfahren neue Methoden zur Verbesserung des Stoffes in bezug auf Haltbarkeit anwendet. Wenn in den Anpreisungen der dänischen Presse zugegeben wird, daß die Haltbarkeit des Naturleders bei Nässe der des Vulkanleders allerdings überlegen sei, so wird dadurch die Bedeutung der Erfindung eingeschränkt. Zunächst liegen auch in Dänemark Ergebnisse über die Verwendung der Vulkansohlen noch nicht vor. Was über die Erfindung in den Zeitungen zu lesen ist, dürfte auf die beteiligten Kreise zurückzuführen sein.

Niederrheinische A.-G. für Lederfabrikation (vorm. J. Spier), Wickrath. Nach dem Geschäftsbericht für 1917 war die Fabrikation infolge der wechselnden behördlichen Maßnahmen sowie durch die ungünstigen Verkehrsverhältnisse sehr erschwert. Auch ist der (ziffernmäßig nicht genannte) Umsatz weit über die Hälfte gegen 1916 zurückgeblieben. Der zusammen mit den Zinsen oder Mieten ausgewiesene Betriebsgewinn zeigt einen Rückgang um 504 000 Mk., der Reingewinn einen solchen um 666 000 Mk. Die von 28 auf 20 Prozent verminderte Dividende erfordert 160 000 Mk. weniger. Dabei unterbleibt diesmal eine Zuweisung an den Erneuerungsfonds (i. V. 200 000 Mk.), eine Extraabschreibung (50 000 Mk.) und eine Zuweisung an den Pensionsfonds.

A. Sigle & Cie., Schuhfabriken (Salamanderstiefel), Akt.-Ges. in Kornwestheim. Die Kriegskonjunktur brachte für das Unternehmen im Jahre 1917 eine Steigerung des Rohgewinnes von 3 989 824 Mk. auf 4 413 825 Mk., trotzdem die Zuteilung von Leder weiter zurückgegangen ist und die Herstellung von Schuhwaren aus Ersatzstoffen erst in den letzten Monaten des Jahres 1917 erhöht wurde. Die Unkosten gingen dagegen von 2 289 162 Mk. auf 1 920 566 Mk. zurück. Die ordentlichen Abschreibungen sind von 230 865 Mk. auf 319 521 Mk. erhöht, außerdem ist aber für das abgelaufene Jahr noch eine besondere Rückstellung für die Uebergangswirtschaft im Betrage von 500 000 Mk. erfolgt, wobei zu beachten ist, daß das Betriebsmaschinenkonto nur mit 50 000 Mk., das Gewerbemaschinenkonto nur noch mit 100 000 Mk. zu Buche steht. Aus dem Ueberschuß von 1 873 701 Mk. (1916: 1 463 440 Mk.) soll eine Dividende von wieder 7 Prozent ausgeschüttet werden, das Konto Rücklage einschließlich Kriegssteuer erhält 600 000 Mk. (350 000 Mk.), auf neue Rechnung werden 340 646 Mk. (205 814 Mk.) vorgetragen. Ueber die Aussichten macht die Verwaltung mit Rücksicht auf die unübersichtlichen Kriegsverhältnisse keine Angaben. In der Bilanz erscheinen u. a. das Effektenkonto mit 4 197 061 Mk. (2 382 150), das Bankenkonto mit 5 754 291 Mk. (5 311 377 Mk.) und die Debitoren mit 2 931 038 Mk. (1 310 626 Mk.). Das Kreditorenkonto ist von 851 249 Mk. auf 614 199 Mk. zurückgegangen.

Die hohen Schuhpreise. Man schreibt der „Frankfurter Zeitung": „Bei der Beurteilung der Preise ist zu beachten, daß die stillgelegten Schuhfabriken, etwa 1100 bis 1200, am Gewinn der weiterarbeitenden 250 bis 300 Betriebe beteiligt sind, daß diese letzteren also erheblich verdienen müssen, um die etwa 5 fache Zahl stillgelegter Betriebe zu entschädigen. Die Richtsätze der Gutachterkommission für Schuhwarenhöchstpreise erfuhren eine Kritik durch ein Urteil, das einen Schuhhändler, der auf Schuhwaren 36 Prozent aufgeschlagen hatte und in erster Instanz wegen Wuchers verurteilt worden war, in zweiter Instanz freisprach, weil er sich ganz den Richtsätzen der Kommission angepaßt hatte. Diese Richtsätze weichen nun ganz beträchtlich von der Anschauung der Gerichte über angemessenen Gewinn ab. Es sind Fälle darin vorgesehen, wo der Schuhhändler bis 55 Prozent aufschlagen darf und der Kleinhändler bis 40 Prozent Bruttogewicht nehmen kann. Eine eingehende Nachprüfung dieser Verhältnisse erscheint notwendig".

Preiserhöhung. Die Fabrikanten von Borcalfleder hatten kürzlich um eine Hinaufsetzung der gegenwärtigen Höchstpreise mit der Begründung nachgesucht, daß die derzeitigen Preise unauskömmlich seien. Das Gesuch war mit der Begründung abgelehnt worden, daß eine Verteuerung der Schuhpreise unter allen Umständen vermieden werden müsse. Die Lederfabrikanten wollen sich bei diesem Bescheid nicht beruhigen, da man nach ihrer Ansicht ihnen nicht zumuten könne, mit Rücksicht auf die Schuhpreise unter Selbstkosten zu arbeiten. Deshalb beabsichtigen sie an Hand Kalkulationen nochmals bei der Kriegsrohstoffabteilung vorstellig zu werden. — In den Kreisen der Berliner Lederwarenfabrikanten sind Bestrebungen im Gange, eine behördliche Kontingentierung der Zuweisung an die Portefeuille-Industrie usw. herbeizuführen, mit der Begründung, daß sonst nur die großen Fabriken mit Waren von der Lederindustrie versehen werden, die kleinen und mittleren aber leer ausgehen. Die Offenbacher Lederwarenindustrie scheint diesem Vorschlag nicht günstig gegenüber zu stehen, schon wegen der grundsätzlichen Bedenken gegen ein weiteres Umsichgreifen staatlicher Zwangsmittel.

Was vorgeht.

Verkürzung der Brotration, weniger Fleisch, Kartoffelmangel, Preissteigerungen, kein freies Wahlrecht, Ausnahmezustand, das sind die Merkmale der derzeitigen innerpolitischen Zustände.

Vom 15. Juni an wird die Brotration um 20 Prozent gekürzt. Es sollen dafür aber mehr Teigwaren und mehr Zucker gegeben werden. Wie es mit dem Einlösen solcher Versprechungen aussieht, das muß allerdings erst abgewartet werden. Daß für das ausfallende Brot in entsprechender Menge Obst und Gemüse auf den Tisch des Arbeiters gebracht werden könnte, das ist eine Hoffnung, die an der wilden Preistreiberei, dem Schleichhandel und der Anordnung in der Verteilung scheitert.

Auch die Fleischrationen sind in den meisten Landesteilen verkürzt worden, die Zuweisungen an Fett ebenfalls kleiner geworden und Schweinefleisch ist für die meisten Arbeiter eine sagenhafte Nahrung geworden. Zu alledem kommt auch noch ein Mangel an Kartoffeln. Herr Stegerwald vom Kriegsernährungsamt hat kürzlich in einer Versammlung in Dresden mitgeteilt, daß die vorhandenen Bestände für die letzten Wochen bis zur neuen Ernte nicht ausreichen würden. Da muß man fragen: Wo sind die Kartoffeln geblieben? Im vorigen Jahre haben wir mindestens 800 Millionen Zentner Kartoffeln geerntet. Selbst wenn man im Durchschnitt auf den Kopf der Bevölkerung (70 Millionen) pro Tag 1½ Pfund rechnet, also für das Jahr 5 Zentner, den Schwund eingerechnet, so erpäben das erst 350 Millionen Zentner. Demnach müssen gewaltige Mengen verfüttert, Schleichhandel verwuchert und zu Alkohol verbraucht worden sein. Dafür fehlt uns nun das wichtigste Sättigungsmittel.

Die Verbitterung über die schlechte Verteilung der Ernährungsmittel wird verschärft durch fortgesetzte Preistreiberei. Die Zuckerindustriellen fordern Erhöhungen, die den Preis des Zuckers weiter 10 Pfg. und noch mehr pro Pfund steigern sollen.

Graf v. Schwerin-Löwitz, der Präsident im preußischen Abgeordnetenhaus fordert eine Neuregelung der Preise für Kartoffel, die den Landwirten eine Mehreinnahme von 4000 Millionen Mark bringen würde. Dabei ist unterstellt, daß der Zivilbevölkerung von der Gesamternte etwa 2 Mill. Zentner zur Verfügung gestellt würden. Wo die Militärverwaltung selbstverständlich auch mehr zahlen müßte. Käme der Landwirtschaft, nach dem Plane des Herrn v. Schwerin-Löwitz, eine Mehreinnahme von etwa 5 Milliarden Mark zugute, allein aus der Kartoffelernte eines Jahres.

Aber auch das Brot wird teuer. Nach bisher vorliegenden Meldungen soll der Preis für Getreide um 120 bis 180 Mk. pro Tonne gesteigert werden. Gering gerechnet dürfte sich eine Mehrbelastung des Verbrauchs um noch 2 Milliarden Mark ergeben. Berücksichtigt man zudem die sonstigen Verteuerungen (Butter, Milch, Eier, Gemüse, usw.), so ergibt sich eine Mehrbelastung von etwa 9—10 Milliarden Mark, wenn die Pläne der Agrarier Verwirklichung finden.

Eine ungeheure Mehrbelastung ist mithin dem Volke zugedacht, aber größere politische Rechte will man ihm vorenthalten, die Bewegungsfreiheit immer mehr ein. Zu welchen Zuständen wir in dieser Beziehung gelangt sind, das zeigen die Verhandlungen im Reichstage, am 6. und 7. Juni, vornehmlich die Reden der unabhängigen Abg. Herzfeld und Haase, sowie des Fortschrittlers Müller-Meiningen, ins rechte Licht gerückt.

Während die Kriegsgewinnler sagenhafte Reichtümer zusammenschürfen, die Landwirte immer größere Einnahmen erzielen, bleiben die Löhne für viele Arbeitergruppen mörderig und die Unterstützungen der Kriegerfrauen reichen weitem nicht aus, um die bescheidensten Ansprüche an das Leben zu befriedigen. Dieser Bedrängten nahm sich der Sozialdemokrat Kollege Bock in einer eindringlichen Rede, am 10. Juni im Reichstage an.

In verschiedenen Landtagen haben die Wahlrechtsgegner in den letzten Wochen wahre Orgien gefeiert. Nirgends eine Spur von wirklicher Reform, nirgends der Wille, die Mitarbeit der Bevölkerung als politisch gleichberechtigte Staatsbürger anzuerkennen. Am tollsten trieben es die Junker, ein Teil der Ultramontanen und die Vertreter des industriellen Großkapitals im preußischen Abgeordnetenhause. In einer Abstimmung wurde das gleiche Wahlrecht wiederum abgelehnt. Es ist für beschlossen die Herrschaften ein Kompromiß, das das Mehrstimmenrecht vorsieht. Zwei Stimmen sollen bekommen sonst Wahlberechtigte, die über 50 Jahre alt sind, ferner selbstständig selbständige Personen, sodann Betriebsleiter, Meister, Beamte, ja sogar Vorarbeiter, in Industrie und Landwirtschaft. Ausdrücklich abgelehnt wurde es, auch den Kriegsteilnehmern zwei Stimmen zuzugestehen. Eine bösartige Provokation des Volkes als dieser Kompromißbeschluß. Die Privilegierten im preußischen Dreiklassenwahlhause läßt sich kaum ausmalen. Sie haben die politische Macht und machen die wertlos aus!

Außer durch das Mehrstimmenrecht hat man die Regierungsvorlage auch noch durch weitere „Sicherungen" „gebessert". — Ueber die einzelnen Vorgänge müssen sich die Kollegen aus den Reichstagsberichten informieren.

Man wird fragen: was sagt zu dem Verhalten der Wahlrechtsgegner die Regierung? Sie soll ja, nach der Behauptung mancher Politiker gezwungen sein, das Abgeordnetenhaus aufzulösen, wenn es das gleiche Wahlrecht ablehnt und die Regierung müsse mit den Linksparteien gegen Konservativen, Nationalliberalen und den rechten Flügel des Zentrums marschieren. So träumen Ideologen oder sie beschwichtigen das Volk, indem sie den Anschein erwecken, es sei auf einen ernsthaften Kampf der Regierung gegen Annexionisten und Wahlrechtsgegner zu rechnen. Vorläufig tut die Regierung noch nichts. Das Abgeordnetenhaus wird vielleicht noch einige Lesungen vornehmen, mit der Wahlrechtsvorlage noch weiter spielen, dann soll sich weiter das Herrenhaus damit beschäftigen und später, nach Beendigung des Krieges, sollen Neuwahlen kommen. Dann aber eine Auflösung des Abgeordnetenhauses nicht mehr nötig, dann muß ohnehin neu gewählt werden. Greift das Volk nicht selbst mit ein, dann wird nichts aus der verheißenen und viel gelobten Neuorientierung. Oder will man etwa die Wahl des Abg. Scheidemann zum Vizepräsidenten des Reichstags als genügendes Zugeständnis an das Volk gelten lassen? Bescheiden ist es ja, aber soweit wird die Bescheidenheit doch wohl nicht gehen.

Eine Aufsehen erregende Angelegenheit hat der Kollege Abg. Simon in der bayerischen Kammer der Abgeordneten zur Sprache gebracht und damit eine Erklärung der Regierung veranlaßt, die noch größeres Aufsehen erregen wird.

Es handelt sich um folgenden Vorfall: Durch das stellv. Generalkommando des 1. Armeekorps sind zwei Franzosen, deutsche Reichsangehörige und Mitglieder der Partei des „Unabhängigen", am 6. Mai 1918 verhaftet und über die bayerische Grenze geschafft worden. Dasselbe Generalkommando hat weiter einen älteren verheirateten Schriftsteller Zwangsaufenthalt in Traunstein (wo der Mann als Bankelehrling beschäftigt wird) angewiesen. Und das stellv. Generalkommando des 2. Armeekorps verordnete einem Mitglied der „Unabhängigen" Zwangsaufenthalt in Brüchenau.

…ßerhalb interpellierte Kollege Simon die bayerische …ung. Am 11. Juni stand die Interpellation auf der …ordnung. Abg. Simon begründete sie, schilderte die …ge. Ausgewiesen worden ist ein Fräulein Ida Herz-… Den nicht den „Unabhängigen" angehörigen Schrift…steller Erich Mühsam in München sei im April, weil …den [illegible] Diskussionsabenden teilgenommen, und … „die Interessen der Landesverteidigung gefährdet" die politische Betätigung verboten und ihm später …aufenthalt in Traunstein angewiesen worden. In …stein werde Mühsam als Landsehzeling gegen 3 Mark … beschäftigt, um seine Familie kümmere sich niemand. … sei der Münchner Kaufmann Gantheimer auf Grund …anonymen Denunziation verhaftet und ihm wegen an…er Beteiligung an Vorbereitungen am Rüstungsarbei…stand Zwangsaufenthalt in Traunstein angewiesen wor… Ebenfalls Zwangsaufenthalt in Brückenau habe man …dnet gegen den Angestellten des Metallarbeiterverban…ersten in Schweinfurt, der sich für die „Unabhängigen" …weisch betätigte. —

…g. Simon bemerkt dazu: Diese Zustände erinnern an …schickung nach Sibirien. Die zaristische Herrschaft sei … bei uns aber lebten die zaristische Methoden … Wir Deutsche wolle. unterdrückte Völker befreien, aber …nen Lande unterdrücken wir die eigenen Volksgenossen.

…d was sagte die Regierung? Durch den Kriegsminister … folgendes erklären: Die „unabhängige" sozialdemokra…Partei steht in „grundsätzlicher Opposition zum herrschen…gierungssystem und zur Kriegspolitik der Reichsregie… Ihr Endziel liege in der Beseitigung der gegenwär…staatlichen und gesellschaftlichen Ordnung. Sie erstrebe …d des Krieges die Erschütterung der Geschlossenheit und …igkeit des deutschen Volkes. Angesichts dessen sei es …, einer Stärkung dieser Partei während des Krieges …len durch das Gesetz zur Verfügung gestellten Mitteln …enzutreten. Die Anordnungen der stellv. Generalkom…s seien auf Artikel 4 Ziff. 2 des Kriegszustandsgesetzes …, also rechtlich unanfechtbar. Es sei unvermeidlich, daß …isungen und Zwangsaufenthalt für die Betroffenen mit …llen Schädigungen verbunden sein könnten. Das …ministerium handle aber nur pflichtgemäß in berechtig…otwehr; man schütze sich gegen Machenschaften von …, die das Vaterland und die Kriegführung zu gefährden … seien. Weichliche Rücksichtnahme auf den Einzelnen …ein Verbrechen gegen die Allgemeinheit.

…uch eine Illustration zu dem Wort: „Ich kenne keine …en mehr". Bemerkenswert ist noch, daß die Inter…on nicht besprochen werden konnte, weil das Zentrum …ssen dagegen stimme.

…un weiß man, wie der Kurs in Bayern-Preußen…land eingestellt ist.

…hen Zeiten geht die deutsche Arbeiterschaft entgegen!

…chuh und Schuhmacher im Sprichwort.

…ie es wohl kaum einen Begriff oder Gegenstand gibt, …en der Volksmund nicht seine Betrachtungen anstellt …as Ergebnis im Sprichwort niederlegt, so gibt es …kein Gewerbe oder Handwerk, das der Volksmund …it mehr oder weniger zutreffenden Reden bedacht … So hat es sich auch der Schuh, Schuhmacher und …nze Handwerk, was damit verknüpft ist, sich gefallen …müssen, vor das Forum der Volksweisheit gezogen zu …n. Freilich hat das Sprichwort keinen Anspruch auf …e Wahrheit, denn es ist verschieden, je nach Ländern, … und Völkern und stehen oft sogar im allerstrengsten …satz zueinander. Trotzdem ist aber dennoch das Sprich… ein klarer und deutlicher Spiegel für das Denken …fühlen des Volkes, für seinen Witz und Humor, wie …ine Freude und Schmerz! --

…on allen auf obigen Gegenstand sich beziehende Aus…e ist wohl „Schuster bleib bei deinem Leisten" das …teste und am öftesten angewandte, dessen Sinn auf der Hand liegt. Deutsche Bedachtsamkeit und Arbeit findet man in Deutschland: „denn bis ein …er Schuster sein Werkzeug zusammensucht, hat ein …er ein ganz Paar Schuh gemacht". Diejenigen, die Kunst oder Handwerk ausüben, vernachlässigen sich oft darin am meisten. „So hat der Schuster die …sten Schuh!" „Des Schusters Frau geht in ge… Schuhen zur Schau!" Ebenfalls „gehen die Schuster …n schlimmsten Schuhen." „Schusters Kinder laufen …!"

…Schuster und Juristen gehören in eine Zunft, jene …n das Leder, diese die Vernunft!" Dieser Aus… stammt von Ludwig XII. von Frankreich. Wie der …macher das Leder, sagte er, welches bald zu kurz …u dick ist, mit dem Hammer ausschlägt oder mit den … dehnt, also machen es unsere Juristen, sie zerren …dehnen die Gesetze solange, bis sie mit ihren Absichten …nstimmen!" „Auf Schusters Rappen reiten", oder …Schusters Rappen ankommen", heißt fein zu Fuß …ern. Von dem Totkranken sagt bedauerlich der Volks…: „Schuster und Schneider werden dem nicht mehr …anzupassen haben, aber der Tischler" (Sargmacher). …derb bezeichnet man die Bequemlichkeit des Schusters, …n er nicht sch…., dann hustet er." Ist der Himmel …und ein Platzregen tritt ein, rufen die Kinder: „Es … Schusterjungen". Will man etwas beteuern in …fen, so ruft derjenige: „So wahr es Schusterjungen …!"

„Der Schuster bückt sich vor einem Reiter mehr als vor einem Fußgänger", obgleich er von letzterem mehr Nutzen hat, weil er mehr Stiefel benutzt. „Der Schuster macht erst einen Stiefel fertig, ehe er den andern anfängt", d. h. es ist immer erst ein Geschäft zu beenden, ehe man ein anderes anfängt. „Ein Schuster, der schlechte Stiefeln macht, kommt in die Höll", ruft wohl der Aermste, den die Stiefel drücken. Auch wenn der Schuster nicht beim Leisten bleibt, so bleiben die Sünden nicht beim Schuster, denn „wie der Schuster, so die Stiefeln".

Verarbeitet man verschiedene Speisereste zu einer Sache, so sagt man: „Das ist eine Schusterpastete". „Und wo Schuster und Fuhrleute trinken, ist das beste Bier." Ist Jemand aus einer Sache mit Schande und Schimpf davongekommen, rufen seine Mitmenschen voller Hohn und Spott, „He is mit Schusterschwärz abgewaschen.

Die alte Stiefeln ansehnlich und nett zu machen sagt man, „Alte Stiefeln bedörfen viel schmerz." Auch „Schmiert man an alten Stiefeln sich mülde". Den putzsüchtigen eitlen Mädel höhnt der Volksmund: „Aus blanken Stiefeln werden bald genug Latschen". „Aus Stiefeln macht man [illegible] Pantoffeln (Georg in Götz von Berlichingen III. Akt). [illegible] kennt [illegible] besten [illegible], Sorgen, „Er weiß, wo ihn der Stiefel drückt". Streiten sich Mann und Weib, [illegible] ruft da das Volk: „Wenn der Stiefel mit dem Latschen streitet, hat dieser Recht und immer das letzte Wort". Eine ganze Reihe Stiefelsprichwörter behandeln den Durst. „Wer keinen Stiefel vertragen kann, der ist kein braver Mann." „A kan en gute Stieffe. sauffen." „Dem seine Stiefeln hend au Durst." Von Jemanden, der sehr breite Füße hat, auf denen er fest steht, so daß er sogar sterbend nicht umfallen würde, lautet ein alter Nürnberger Spruch: „Der kann stehend in seinen Stiefeln sterben!" Redet Jemand viel dummes Zeug, so sagen seine Mitmenschen: „Der red't an Stief'l z'sammen". Knarren die Stiefel, „so sind sie noch nicht bezahlt". Beschränkt der Mensch sich durch Zwangsmaßregeln, „so legt er sich spanische Stiefeln an". Haben Kranke dicke Füße, tritt Wassersucht usw. ein, „so hat er die Reisestiefeln angezogen", d. h. er wird bald sterben. Legt sich Jemand ohne zu entkleiden nieder, „so legt er sich mit Stiefel und Sporen nieder". Hat jemand „weder Stiefel noch Sporen", so hat er etwas unvollkommenes an sich. Luther sagt vom Buche Salomonis dem Prediger: „Es soll völliger sein, es hat weder Stiefel noch Sporen, es reitet noch in Socken, gleich wie ich noch im Kloster war". „He geht noch mit Steweln und Sporen" ist jemand eben vom Pferde gestiegen oder von der Reise zurückgekehrt. Kommt jemand von ärmlichen Verhältnissen zu Vermögen und Ansehen und wieder dadurch hochmütig, sagen seine Freunde: „Jetzt weiß er nicht wie er soll in Stiebeln gehen, sonst war er ein barfüßiger Mensch!" „Glaubst Du ich mach' Dir an Stiefelknecht?" „Meinst Du ich werde mich dazu hergeben, Dir Knechtdienste zu leisten?" Ist man so recht wütend, „möchte man wohl mit zehn Stiefelknechten dreinschlagen!" „Wir waren zur Abreise gestiefelt und gespornt", mit allen Vorbereitungen, Einkäufen und Packereien fertig. „Sich stiefeln", sich sehr eilen, etwas noch zu erreichen.

Unendlich reichhaltig finden wir den Schuh im Sprichwort. Besonders beliebt sind die alten, „Alte Schuhe verwirf nicht gar, Du habest denn ein neues Paar". „Auf alten Schuhen geht es sich am besten, dies weiß der fleißige Spaziergänger am besten", freilich ist „An alte Schuh' is alsfort zu flicke". „Besser geflickte Schuhe als gar keine", seufzt wohl mancher bei der Lederknappheit in der Kriegszeit. „Ein kleiner Schuh und ein großer Fuß, machen dem Träger viel Verdruß." „Denn ein Schuh paßt nicht für jeden Fuß." „Enge Schuhe und wenig Einnahmen drücken!" Wohl jeder Mensch hat seine größere oder kleinere Sorgen, die ihm das Herz beschweren, „Es ist eben keiner, dem nicht heimlich ein Schuh drückt."

Ein jedes Ding soll der Mensch gebrauchen, wie sich es schickt. „Man soll die Schuhe nicht an die Hände legen, noch die Handschuhe über die Füße ziehen." Für Leisetreter und Schleicher empfiehlt man, „Samtne Schuh, damit steigt man gut." Bedürfnis, Geschmack und Neigungen der Menschen sind verschieden, was dem einen zusagt, mißfällt dem andern, „daher paßt nicht jeder Schuh für jeden Fuß". „Gut gestiefelt" sagt der Franzose als Hauptbedingung einer eleganten Dame, denn „Schlechte Schuhe verderben den schönsten Anzug". Freilich „drücken schöne Schuhe am meisten". „Schuhe machen den Soldaten" sagte Napoleon I. Als guter Rat bei den Engländern bekommt man zu hören: „Wer von Schuhen und Weibern sich läßt drücken, den soll man ins Narrenhaus schicken". „Das ist ein Schuh, der jeden drückt", d. h. ein allgemeines Uebel, wie Krankheit, Tod, Steuern. Sagt einem eine Sache zu, ist mir eine Sache passend, „so ist das ein Schuh für meinen Fuß". In bezug auf Essen und Trinken behauptet der Volksmund, „das möcht ich nicht in meinen Schuhen, viel weniger im Leibe haben", wenn es schlecht und übel angerichtet ist. Die Vergeltung im Leben bleibt selten aus, „Du sollst auch noch Schuh für deine Füße finden". Befördert jemand das Fortkommen des andern, so „Hilft er ihm nieder in die Schuhe". „Er geht in Chzenstochauer Schuhen", d. h. barfuß, weil dort die Wallfahrten nach dem berühmten Gnadenbilde mit bloßen Füßen gemacht wurden. Ist jemand übereifrig, etwas zu erlangen, „so läuft er sich danach die Schuhe ab". „Ich möchte nicht in seinen Schuhen stecken" heißt, mich nicht in seiner Lage befinden. Trägt man dem Ausländer wie so oft bei uns unverdiente Sympathie entgegen, sagen die Franzosen: „Wenn der Schuhflicker geht in ein fremdes Land, so bekommt er Brot und Land". Man hört oft im Leben, „Er ist ein guter Mann, er frißt keine Schuhnägel", d. h. er ist brav aber nicht besonders klug. Hat Jemand einen sehr guten Magen, kann alles essen und vertragen, „So kann er Schuhnägel verdauen". Ist Jemand gekränkt und glaubt er sich von dem Freunde mißachtet, ruft er entrüstet, „Denkst Du denn ich bin Dein Schuhputzer"? Steht jemand geistig viel höher als der andere, „So kann er ihm nicht die Schuhriemen lösen", behandelt er eben diesen auch noch schlecht, „So behandelt er ihn eben wie einen Schuhwisch".

„Auf fremden Sohlen gehen" heißt so viel wie fremde Sitten annehmen, auch wer anderer Sachen zu seinem Vorteil benutzt. Es stammt dies Wort von den Griechen, die ohne Schuhe bei Tische saßen, wenn nun Jemand aufstand, so ergriff er oft fremde Sohlen, teils aus Eile, teils wenn er zu viel getrunken hat. Steht Jemand wie auf Kohlen, ist er ungeduldig, „so brennen ihm die Sohlen". Rüstet sich ein Kranker zu sterben, so „geht er auf den letzten Sohlen", besonders „wenn er schon manche Sohle durchgelaufen" d. h. alt ist. Tritt ein Mann eine Reise, den Rückweg oder die Wanderschaft an, „so macht er sich auf die Sohlen". „Schmiert er sich aber die Sohlen", so macht er sich zur Abreise bereit, auch zur weitesten in den Himmel. „Seine Sohlen haben ein Loch gehabt und seine Logik ist in den Dreck geraten", d. h. er hat falsch geschlossen.

Damit wäre ich mit meiner kleinen Blumenlese, die ich im Garten des Sprichwortes über „den Schuh und Schuhmacher" zu Ende. Sie ist nicht ohne Lücken, denn das Gebiet ist ein zu großes, um es gänzlich erschöpfen zu können, es soll ja auch nur Zeugnis ablegen, von dem gemütvollen Empfinden von dem Humor des Volkes, welches sich der hohen Bedeutung bewußt ist, die der Schuh und das damit verbundene Handwerk im Leben einnehmen.

A. Naigele.

Spiegel der Gewerkschaftspresse.

Der „Tabak-Arbeiter" (Nr. 28) erklärt zur Frage des Wahlrechts:

„Alles spitzt die Regierung auf eine Verschleppung der Wahlreform zu. Läßt sie doch verkünden, eventuell werde in der Herbsttagung die Entscheidung getroffen werden. Die Auflösung des Landtages will sie zwar als letztes Mittel in der Hand behalten, aber den Termin der Auflösung verlegt sie mit zweideutigen Redensarten in ungewisse Zeit. Da spreche noch einer von ernstlicher und entschiedener Verfechtungsweise der Wahlrechtsvorlage!

Je schwankender, unsicherer die Regierung sich verhält, um so dreister treten die Reaktionäre der einzelnen Parteien auf. Die Junker jubeln, spotten, höhnen und intrigieren zugleich; die Hälfte der Nationalliberalen setzt ihre Hoffnung auf die Junker und macht mit ihnen gemeinsame Sache. Die Zentrumsfraktion wäre ganz sicher mit diesen beiden im Bunde, wenn nicht der Ministerpräsident Graf Hertling einer der ihrigen wäre. Trotzdem macht ein Teil des Zentrums den junkerlich-reaktionären Rummel gegen die Wahlrechtsvorlage mit. Und je länger die Vorlage in der Schwebe bleibt, um so verfahrener wird die Situation.

Da kann wirklich nur ein spontan dazwischen fahrender Willensausdruck der Volksmassen helfen. Je eher, um so besser; ehe größeres Unheil entsteht. Wagt die Regierung nicht, den Kampf gegen die Junker aufzunehmen, dann mag sie abtreten. Das Volk wird schon mit ihnen fertig werden. Es muß selbst die ganze Lage neu orientieren!"

Die „Handlungsgehilfen-Zeitung" (Nr. 11) sagt am Schlusse eines „Gewerkschaftlich oder wirtschaftsfriedlich?" überschriebenen Artikels:

„Wir in unserem Verbande können keine Allianz mit der Arbeitgeberschaft eingehen, deren wirtschaftliche Interessen den unseren zuwiderlaufen, und wir werden nicht auf die fortgesetzten Kämpfe verzichten können, wenn wir eine gewinnbringende Angestelltenpolitik treiben wollen. Wir werden aber auch nicht „gut bürgerlich national gesonnen" werden und nicht die Hoffnung auf eine gerechter als die heutige „gottgewollte" Gesellschaftsordnung aufgeben. Die Kreise, die sich den wirtschaftsfriedlichen Angestelltenorganisationen anschließen, mögen wirtschaftlich gesichert dastehen, sie werden sich kaum aus dem Angestelltenproletariat zusammensetzen, doch unsere Bewegung muß und wird alle Kolleginnen und Kollegen in ihren Schutz nehmen und wird weniger mit dem Gefühl als mit dem Verstand und der Vernunft den ihr aufgenötigten Kampf führen."

H. H.

Wir finden, daß das der einzig richtige Standpunkt für eine „freie" Gewerkschaftsorganisation ist.

Der „Grundstein" (Nr. 22) wendet sich in heftiger Erregung gegen einen Aufsatz, in dem ein Zitat aus seiner Nr. 19 angeführt war und durch welches gesagt wird, daß in der Wahlrechtsfrage nur die Regierung den Trotz der Wahlrechtsfeinde brechen könne. Der „Grundstein" will beweisen, durch andere Zitate, daß er auch einen Wahlrechtskampf des Volkes befürworte. In der gleichen Nummer bringt er zugleich einen Aufsatz „Preußenwahl und Brotration", in dem aber auch nur wieder von der Regierung die Rede ist, die es machen soll. Er heißt darin:

„Die Regierung will nun die Vorlage erst ans Herrenhaus bringen, und sie hat angekündigt, daß sie das Abgeordnetenhaus auflösen werde, falls das Verhandlungsergebnis sie nicht befriedige und die Kriegslage es zulasse. Von der sofortigen Auflösung hat sie anscheinend abgesehen auf Grund von Wünschen, die von einer bestimmten militärischen Stelle geäußert worden sind. Durch dieses Verhalten hat die Regierung ihre Stellung nicht gestärkt, wohl aber hat sie in weiten Volkskreisen das Vertrauen zu ihr zerstört. Die Befürchtung, daß die Regierung zu schwach sein werde, die von ihr selbst als notwendig anerkannte Reform schließlich doch noch in vollem Umfange durchzuführen, ist stark im Wachsen begriffen. Es gibt sehr viele Leute, die das Verhalten der Reaktionäre wie der Regierung auf die militä…

lichen Siege zurückführen, die Deutschland in letzter Zeit errungen hat, und die von weiteren Siegen eine weitere Stützung der Reaktion befürchten. Daß eine solche Stimmung für Deutschland sehr gefährlich werden kann, liegt auf der Hand. Die Regierung braucht sich wirklich nicht zu wundern, wenn ihr Haltung in der Wahlrechtsfrage aufs neue eine große Gärung in der Arbeiterschaft zur Folge hat, wie wir sie nun zum Schaden der deutschen Kampfkraft wiederholt haben erleben müssen."

Wir finden, auch hier kommt zum Ausdruck, daß man nur von der Regierung fordern, auf ihre Taten warten muß.

Das „Neue Schuhmacher-Fachblatt", Organ des Vereins der Schuhmacher Oesterreichs (Nr. 11), schreibt:

„Die Frage einer Beitragserhöhung wird, wenn die gegenwärtige Teuerung auch noch den Krieg überdauert. — und das ist aller menschlichen Voraussicht nach sicher zu erwarten, — nach und nach alle Gewerkschaftsorganisationen beschäftigen müssen. Das bringt die kolossale Entwertung des Geldes eben mit sich. Die Unterstützungssätze, die bisher die Verbände in Bedarfsfällen ihren Mitgliedern zu gewähren gewohnt waren, entsprechen heute in keiner Weise mehr den verteuerten Verhältnissen. Sie boten wohl in der Vor-Kriegszeit hülfsbedürftigen organisierten Arbeitern manche wertvolle Beihilfe zur besseren Befriedigung notwendiger Bedürfnisse, heute aber bei der ungeheuren Herabsetzung der Kaufkraft des Geldes stehen die Verbände vor der Tatsache, die gesamten Unterstützungssätze nach oben revidieren zu müssen, um einen Ausgleich zu schaffen, um der früheren Unterstützung den gleichen Wert zu geben. Um diese Maßnahme kommt keine Organisation herum. Früher oder später wird jede hierzu Stellung nehmen müssen."

Ueberwachungsausschuß der Schuhindustrie.

In der Sitzung des Arbeitsausschusses vom 5. d. M., in welcher 9 Inhaber weiterarbeitender Betriebe und 11 stillgelegter Betriebe teilgenommen haben, wurden die nachfolgenden Richtlinien einstimmig beschlossen.

Der Arbeitsausschuß war ergänzt durch Vertreter stillgelegter Betriebe, die von dem Ausschuß der stillgelegten Betriebe ausgewählt waren.

Zu der Sitzung waren außerdem einige dem Arbeitsausschuß nicht angehörende Vertreter weiterarbeitender Betriebe zugezogen worden, so daß die Anzahl der anwesenden Herren die oben angegebene von 20 betrug.

Es besteht seitens der Arbeitskommission der stillgelegten Schuhfabriken die Absicht, eine Versammlung der sämtlichen stillgelegten Betriebe einzuberufen, um die Gründe, die zu den beschlossenen Richtlinien führten, auseinanderzusetzen und die Ansicht der sämtlichen stillgelegten Betriebe zu hören.

Danach sollen die Richtlinien dem Ueberwachungsausschuß zur Beschlußfassung vorgelegt werden.

Richtlinien

für die Wiedereröffnung stillgelegter Betriebe

beschlossen in der Sitzung des erweiterten Arbeitsausschusses vom 5. Juni 1918.

Hersteller von Leder- und Kriegsschuhwerk.

Den weiterarbeitenden Betrieben soll in Zukunft nur soviel Rohmaterial zugeteilt werden, als sie bei Lederschuhwerk zur Erzielung ihrer Produktion vom Monat Juni 1918, bei Kriegsschuhwerk zur Erzielung ihrer Produktion vom Monat April 1918 nötig hatten; irgendwelche Zusatzquoten zur Steigerung der Produktion sollen nicht mehr gewährt werden. Die auf diese Weise etwa bei der Verteilung übrigbleibenden Mengen Rohmaterial sollen zur Wiedereröffnung stillgelegter Betriebe der Schuhwarenherstellungs- und Vertriebsgesellschaften anteilmäßig im Verhältnis zu der im Monat Juni zugeteilten Menge Material zur Verfügung gestellt werden.

Denjenigen weiterarbeitenden Betrieben, die die ihnen bisher monatlich zugeteilten Mengen Rohmaterialien nicht verarbeitet, sondern Vorräte angesammelt haben, sollen die vorhandenen Vorräte, soweit solche die für eine Monatsproduktion erforderliche Menge übersteigen, bei den zukünftigen Zuteilungen in Anrechnung gebracht werden. Die auf diese Weise bei weiterarbeitenden Betrieben der einzelnen Gesellschaften von der monatlichen Zuteilung frei werdenden Mengen werden derselben Gesellschaft überwiesen zur Verwendung für neu zu eröffnende Betriebe.

Bei jeder Schuhwarenherstellungs- und Vertriebsgesellschaft ist eine besondere siebengliedrige Kommission, bestehend aus je 3 Inhabern von weiterarbeitenden und stillgelegten Betrieben und dem Vorsitzenden der Schuhwarenherstellungs- und Vertriebsgesellschaft oder dessen Stellvertreter zu bilden. Die 6 Mitglieder der Kommission sollen in einer Gesellschaftsversammlung gewählt werden, wobei die Vertreter der weiterarbeitenden Betriebe und die Vertreter der stillgelegten Betriebe die 3 Mitglieder aus stillgelegten Betrieben wählen sollen. Diese Kommission soll unter Berücksichtigung der allgemeinen Lage im Verhältnis des bei jeder Gesellschaft vorhandenen überschüssigen Rohmaterials und unter Berücksichtigung der Arbeiterverhältnisse stillgelegte Betriebe, die sich bereit erklären, ihren Betrieb wieder zu eröffnen, dem Ueberwachungsausschuß unter eingehender gutachtlicher Aeußerung in Vorschlag bringen; die endgültige Entscheidung über die Wiedereröffnung wird unter Hinzuziehung eines Vertreters der vorstehend erwähnten Kommission vom Arbeitsausschuß des Ueberwachungsausschusses getroffen werden.

Hersteller von Hausschuhen, Pantoffeln und Sandalen.

Diese Betriebe sollen die Berechtigung zur Wiedereröffnung nur dann erhalten, wenn sie den Nachweis liefern, daß sie sich genügende Mengen von zugelassenen Rohmaterialien, soweit solche nicht durch den Ueberwachungsausschuß zugeteilt werden, im freien Verkehr beschaffen können.

1. Allgemeines.

Die Betriebe, welche bereits ihren Umsatz in Schuhwaren gegenüber dem Umsatz des letzten Friedensjahres übermäßig gesteigert haben, sollen grundsätzlich verpflichtet werden, in den Fällen, in welchen am gleichen Platz oder in unmittelbarer Nähe noch Betriebe stillegen, welche in der Lage sind, die evtl. freiwerdenden Arbeiter aufzunehmen, ihre Produktion auf eine von Fall zu Fall von dem Arbeitsausschuß festzusetzenden Höhe abzubauen. Diesbezgl. Vorschläge sind ebenfalls von der bei jeder Gesellschaft gebildeten 7er-Kommission durch Vermittelung der Sch.-V.-G. beim Ueberwachungsausschuß einzureichen und sind unter Mitwirkung eines Vertreters dieser Kommission im Arbeitsausschuß zu beraten.

Weiterarbeitende Betriebe, die unsachgemäß ausgeführte Waren liefern oder die bestehenden gesetzlichen Bestimmungen oder Anordnungen der bestehenden Organisation (Reichsstelle für Schuhversorgung, Ueberwachungsausschuß der Schuhindustrie, Gutachterkommission für Schuhwarenpreise, Kontrollstelle für freigegebenes Leder und Ersatzsohlen-Gesellschaft m. b. H.) schuldhaft in erheblichem Umfang verletzen, sollen stillgelegt und an deren Stelle stillliegende Betriebe, welche die Gewähr für sorgfältiges Arbeiten und Einhaltung dieser gesetzlichen Bestimmungen bieten, am gleichen Platz, zum mindesten im Bereich der gleichen Schuhwarenherstellungs- und Vertriebsgesellschaft eröffnet werden.

Es sollen alsbald Mittel und Wege gesucht werden, die den stillgelegten Betrieben, die erst nach dem 1. Januar 1919 eröffnet werden, je nach der weiteren Dauer ihrer Stillegung eine besondere Entschädigung gewähren.

Bekanntmachungen des Zentralvorstandes

Wir machen unsere Mitglieder darauf aufmerksam, daß für die Woche von: 17. Juni bis 23. Juni der 25. Wochenbeitrag fällig ist.

Nürnberg, den 15. Juni 1918.

Der Vorstand.

Neuer Katalog (ca. 170 Abbildungen) über Schuhmacher-Werkzeuge soeben erschienen.
— Versand gratis und franko. —
E. Vögtle, Berlin, Lothringerstraße 83.

Die Arterienverkalkung und ihre Folgen, Lähmungen, Schlagfluß. Wesen, Verhütung und Behandlung von Dr. Luda. Wertvolle Ratschläge und die Mittel zur Verhütung. Preis nur Mk. 1.80 per Nachnahme von
Aug. Hubrich, Verlag, Berlin-Südende 57.

Handstanzmesser
Größe I 8,00 Mk. — II 7,50 Mk. — III 6,50 Mk.
Fernruf 590 Amt Ohligs.
Theo Breuer, Merscheid b. Solingen.

Toggeburger-Rietnägel
mit und ohne Schraubloch 30—35 mm Stiftlänge, sowie
Jägerstifte
(25/15) zur Innenbenagelung von Bergschuhen in großen Posten lieferbar.
Conrad Ehekircher, Augsburg 10.
Telegr.-Adr. Augustanagel. Tel. 2622.

Für Consolidated Zwickmaschine
(Mac-Kay-Arbeit)
geübte Zwicker
gesucht.
Schuhfabrik Cerf & Bielschowsky
Erfurt.

Bekanntmachungen der Ortsverwaltungen

Burg. Für die Sterbefälle der Mitglieder Paul G[illegible] mann, Berta Krüselg, Oskar Pohle und Luise [illegible] sind die 72., 73., 74. und 75. Sterbebeiträge fä[illegible] die betr. Felder auf der Lokalsterbekarte zu lösch[illegible]

Ehrentafel

für unsere im Felde gefallenen Mitglieder

Stuttgart. Paul Bosch, Sebastian Bohl, [illegible] Rupp, August Kehrer, gefallen.

Notiz.

In der vom Kriegsamt nach dem Stande [illegible] Januar neubearbeiteten Zusammenstellung von [illegible] Bekanntmachungen und Verfügungen betreffend [illegible] rohstoffe nebst deren Nachträgen, Ausführungsbestim[illegible] und Erläuterungen ist das II. Ergänzungsblatt n[illegible] Stande vom 1. Mai 1918 erschienen. Dieses Ergä[illegible] blatt wird den Beziehern der Zusammenstellung o[illegible] fordern postenfrei nachgeliefert. Sollte die Nachl[illegible] nicht erfolgen, so ist dasselbe bei der Stelle anzu[illegible] durch welche die Zusammenstellung bezogen worden [illegible]

Berichtigung.

In Nr. 21 des Fachblattes (Wahlresultat) un[illegible] zirk 2 muß es heißen: Abgegebene gültige Stimmzet[illegible] statt 605.

Zur Beachtung.

Um den durch die jetzigen Postverhä[illegible] hervorgerufenen berechtigten Beschwerde[illegible] zuhelfen, werden wir von nächster Nu[illegible] ab den Redaktionsschluß auf den Montag [illegible] legen. Dadurch können wir das Schuhm[illegible] Fachblatt einen Tag früher expedieren. [illegible] müssen alle Sendungen für das Schuhm[illegible] Fachblatt von nächster Nummer ab schon [illegible] tag vormittag 9 Uhr in unsern Händen [illegible]

Die Redaktion und Expedit[illegible]

Innungskrankenkasse der Schuhmacheri[illegible] (Zwangsinnung) zu Berlin.

Bekanntmachung.

Die vom Ausschuß am 26. April 1918 beschl[illegible] II. Abänderung zur Satzung ist vom königl. Oberve[illegible] rungsamt Groß-Berlin am 23 Mai 1918 genehmi[illegible] tritt am 10. Juni 1918 in Kraft.

Die wesentlichsten Aenderungen sind:

Der Grundlohn wird von 6 auf 10 M. erhöh[illegible] gegen Entgelt beschäftigten Mitglieder werden in 10 [illegible] eingeteilt. Die Kassenbeiträge werden auf 4½ Hund[illegible] des im § 10 festgesetzten Grundlohnes festgesetzt [illegible] werden für Versicherte, die sechs Tage in der [illegible] arbeiten, für sechs, und solche, die an allen Wochen[illegible] und Sonntags beschäftigt sind, für sieben Tage ber[illegible]

Das Krankengeld beträgt für die Stufen 1 [illegible] 0,50 M., 1 M., 1,50 M., 2 Mk., 2,50 M., 3 M., 3,50 M. [illegible] 4,50 M., 5 M. für jeden Krankheitstag.

Den arbeitsunfähigen Mitgliedern wird ein [illegible] Teuerungszuschlag zum Krankengelde vom ersten [illegible] des Krankengeldbezuges an gewährt. Derselbe b[illegible] für jeden Tag des Krankengeldbezuges 25 Pfg. D[illegible] schlag wird auch Schwangeren und Wöchnerin[illegible] zahlt, dagegen haben in Krankenhäusern, Heil[illegible] Heimstätten und Lazaretten befindliche Mitglieder [illegible] in Revierbehandlung sind, ebenso die im Erwerbs[illegible] zustand befindlichen Mitglieder keinen Anspru[illegible] diese Zuschläge.

Diese Satzungsänderung tritt am Montag nach [illegible] Tage der Genehmigung in Kraft.

Druckexemplare sind im Kassenlokal in Empf[illegible] nehmen.

Berlin, den 9. Juni 1918.

Der Vorstand.

Karl Eckerlein, Vorsitz[illegible]
R. Schenk, Schriftführer.

Anzeigen finden im „Schuhmacherfachblatt" weiteste Verbr[illegible]

Verantwortlicher Redakteur: W. Bock. Druck und Verlag von W. Bock & Ko. in Gotha.